

Grünliberale Partei Stadt Zürich

Parolenspiegel 21.05.2017

Thema	Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 21. Mai 2017
Für Rückfragen	Maleica Landolt, Kopräsidentin glp Stadt Zürich: +41 79 317 33 71 Beni Schwarzenbach, Kopräsident glp Stadt Zürich: +41 76 497 46 97
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich zurich@grunliberale.ch Website: www.zurich.grunliberale.ch



Nationale Abstimmungsvorlagen:

- **JA** zum Energiegesetz (EnG)

Begründung: siehe Anhang



Kantonale Abstimmungsvorlagen

- **JA** zum Gesetz über die Kantonsspital Winterthur AG
- **JA** zum Gesetz über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland AG
- **NEIN** zur Fremdspracheninitiative (Parole der glp Kanton Zürich: **Stimmfreigabe**)

Begründung: siehe Anhang



Stadtzürcher Abstimmungsvorlagen:

- **JA** zur Wohnbauaktion 2017 (Rahmenkredit von 90 Millionen Franken)
- **JA** zur Grünstadt-Initiative (Gegenvorschlag zu «Schutz & Förderung von Grün- und Freiräumen»)
- **JA** zum Tanzhaus (jährliche Beiträge von maximal 1,8 Mio. Franken)

Begründung: siehe Anhang

- Schulpflege-Ersatzwahl im Schulkreis Waidberg (Kreis 6 und 10):

- Béatrice Di Pizzo (FDP)
- Nadine Gujer (SP)

- Die glp empfiehlt Béatrice Di Pizzo (FDP) und Nadine Gujer (SP) für die beiden freigewordenen Sitze zur Wahl. Beide Kandidatinnen werden innerparteilich unterstützt, sind für das Amt qualifiziert und treten gegen eine wilde Kandidatur an, was die Wahl überhaupt erst notwendig macht.

Mit freundlichen Grüssen

Der Vorstand der Grünliberalen Partei der Stadt Zürich

JA zur Wohnbauaktion 2017 (Rahmenkredit von 90 Millionen Franken)

Die Grünliberalen sagen Ja zu den Subventionen aus den Mitteln der Wohnbauaktionen und unterstützen die Verbilligung von Wohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen und Vermögen. Der beantragte Kredit von 90 Millionen Franken ermöglicht es, rund 1'000 bis 1'100 Wohnungen neu zu verbilligen. Die Zahl der Wohnungen und Jugendwohnkredite, welche verbilligt sind, ist von 1943 bis 1982 auf 23'670 gewachsen und seither bis Ende 2011 wieder auf 6'568 gesunken. Die Darlehen und Beiträge sind rückzahlungspflichtig, der städtische Haushalt wird dabei bei den Unterstützungsleistungen einzig mit Zinskosten belastet.

JA zum Gegenvorschlag des Gemeinderats zur «Volksinitiative für den Schutz und die Förderung von Grün- und Freiräumen» (Grünstadt-Initiative)

Die glp der Stadt Zürich setzt sich klar für die Förderung und Sicherung von öffentlichem Grünraum im Stadtgebiet ein. Damit kann die Stadt endlich Massnahmen ergreifen und so unversiegeltes Land schützen. Ebenso werden die Naherholungsgebiete und deren ökologische Funktion langfristig gewährleistet. Die Vorlage sorgt dafür, dass in allen Quartieren ökologisch wertvoller, multifunktionaler und der Nutzungsdichte entsprechender Grünraum besteht. Insbesondere kann damit in der Gemeindeordnung auch die Verpflichtung verankert werden, dass beim verdichteten Bauen stets genügend Grünflächen gesichert werden.

JA zum Tanzhaus (jährliche Beiträge von maximal 1,8 Mio. Franken)

Auch die Grünliberalen sagen Ja zum Neubau des Tanzhauses in Wipkingen, welches zuvor teilweise vollständig ausgebrannt war. Mit der Abstimmungsvorlage sollen einerseits die durch den beschlossenen Neubau entstehenden höheren Mietkosten gedeckt werden. Andererseits soll der städtische Betriebsbeitrag an das Tanzhaus aufgrund veränderter mietvertraglicher Bedingungen und kulturpolitischer Anforderungen erhöht werden. Das Tanzhaus trägt wesentlich zum vielfältigen und qualitativ hochstehenden Kulturangebot der Stadt bei. Doch innerhalb der glp wurden die insgesamt recht hohen städtischen Beiträge für das Tanzhaus auch kritisch hinterfragt. Die Grünliberalen werden weiterhin ein Auge auf die finanzielle Situation der Institution werfen.

NEIN zur Fremdspracheninitiative

Die städtischen Grünliberalen sagen, in Abweichung zur Stimmfreigabe der kantonalen Mutterpartei, Nein zur Fremdspracheninitiative. Damit setzen sich die Grünliberalen für einen Sprachenunterricht ein, der die Kinder und Jugendlichen besser auf ihre berufliche Zukunft vorbereitet. Der Verzicht auf eine der beiden Fremdsprachen an der Primarschule würde die Qualität der Volksschule schwächen. In den beiden Fremdsprachen Französisch und Englisch werden zudem auf Ende der Volksschule gleichwertige Kompetenzen in den Kantonen angestrebt. Ein Ja zur Initiative hätte zudem den Austritt aus dem «HarmoS-Konkordat zur Folge».

JA zum Gesetz über die Kantonsspital Winterthur AG

JA zum Gesetz über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland AG

Die glp unterstützt sowohl das Gesetz über die Kantonsspital Winterthur AG als auch jenes über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland AG. Mit der Rechtsformänderung bekommen beide Institutionen bessere Möglichkeiten in der veränderten Spitallandschaft zu agieren und erhalten auch mehr Handlungsspielraum. Zu Recht hat der Kantonsrat in beide Vorlagen die Bestimmung eingebaut, dass bei einem Verkauf der Mehrheit der Aktien sowohl die Regierung wie auch der Kantonsrat noch einmal zustimmen müssen. Ein entsprechender Beschluss unterliegt dem fakultativen

Referendum. Zudem hätte die Region Winterthur die Möglichkeit, vom Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen.

Grünliberale Partei Schweiz

JA zur Energiestrategie 2050

Die für die Grünliberalen wichtigste Abstimmung am 21. Mai ist diejenige über das Energiegesetz (EnG), also die Energiestrategie 2050. Hier engagiert sich die Partei ganz klar für ein «Ja». Am 21. Mai steht eine für unsere Zukunft richtungsweisende nationale Abstimmung bevor: Das Volk stimmt über die Anpassung des Energiegesetzes (EnG) zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 ab. So soll der Energieverbrauch gesenkt und alternative Energien gefördert werden. Der Bau neuer Kernkraftwerke würde verboten.

Es ist Fünf vor Zwölf in Sachen Energiepolitik – und deshalb dringend notwendig, das Energiegesetz anzupassen und die Energieziele umzusetzen. Alternative Energien stehen zur Verfügung und sollen künftig auch genutzt werden, nicht zuletzt auch deshalb, um die Wertschöpfung aus der Energieproduktion in die Schweiz zurück zu holen.